

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis: In der Stadt für 10 Wochen monatlich 35,50 M., durch Baden bezogen monatlich 38,00 M., bei Postbezug monatlich 32,00 M. frei Haus. Erheblich wertvoll nachmittags. Einzelnummer 2,00 M. Postfachkonto: Nr. 1064. Geschäftsstellen: Halberstadt 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

(Kreisblatt)
Unparteiische

Anzeigenpreis: Der gespaltene Millimeter Satzraum 2,00 M. und der halbspaltige Millimeter 1,50 M. Die laufende Monatskündigung wird vom Besizer auf kleine Anzeigen bei deren Abgabe mit 10% in Ermäßigung genommen. Die 10. Spalte des Wortes belohnt. Anzeigen schluß: vormittags 10 Uhr. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Valk.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 193.

Freitag, den 18. August 1922

162. Jahrgang

Neue Verwicklungen mit Bayern.

Noch keine Aufhebung der bayerischen Verordnung. — Eine neue Verhandlungskommission.

Das Votum der Koalitionsparteien.

München, 18. August. In der gestern nachmittags fortgesetzten Besprechung der Koalitionsparteien, an der sämtliche Minister teilnahmen, wurde eine vollkommene Einigung darüber erreicht, daß die zwischen Berlin und München erzielte Vereinbarung in der beschlossenen Form nicht angenommen werden könnten, sondern daß eine Reihe von Ergänzungen notwendig seien. Die bayerische Verordnung vom 4. August wird nicht, wie in den Berliner Besprechungen vorgesehen worden war, heute aufgehoben, sondern bis auf weiteres in Kraft belassen werden.

Anschließend an diese Besprechung fand ein Ministerrat statt, in dem zu den obigen Beschlüssen der Koalitionsparteien Stellung genommen wurde. Der Ministerrat wird die hierzu notwendigen Schritte bei der Reichsregierung angeordnet einleiten. Wie verlautet hat es Graf Verdenfeld abgesehen, zum zweiten Male als Richterhändler nach Berlin abzugehen. So wird diesmal eine aus anderen Regierungsvertretern zusammengesetzte Kommission nach Berlin fahren, die ganz bestimmte Befehle hat. Wie die D. N. A. erfahren, vertritt diese Kommission bereits heute nach Berlin ab.

Die Entscheidung des Landesauschusses der Bayerischen Mittelpartei.

lautet: „Der Landesauschuss der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei in Bayern) erachtet die Berliner Vereinbarungen für durchaus unannehmbar. Er erwartet, daß Parteileitung und Fraktion den Kampf gegen die Schutzgesetzgebung auf das Entschiedenste fortsetzen und insbesondere die bestmögliche Subjektivität mit aller Entschiedenheit walten werden.“

Die Entscheidung der Bayerischen Volkspartei hat folgenden Wortlaut:

„Unter voller Anerkennung der Bemühungen der bayerischen Unterhändler muß der Landesauschuss sein Bedauern ausdrücken, daß durch das geringe Maß von Einigungsversuchen seitens der Reichsregierung die Vereinbarung vom 11. August nicht alles enthält, was zur Sicherung und Wahrung der bayerischen Selbständigkeit und der Subjektivität dieses Landes verlangt werden muß. Wir bedauern, daß dieses Ziel noch nicht erreicht werden konnte und hoffen, daß es gelingt, die noch bestehenden Bedenken zu

beseitigen. Der Landesauschuss hält es für selbstverständlich, daß die bayerische Verordnung der bayerischen Regierung vom 24. Juli in Kraft bleibt und daß der Kampf für eine baldige Aufhebung der Schutzgesetzgebung sowie für Erziehung und Erweiterung der bayerischen Subjektivität fortgesetzt wird.“

Der Widerstand des bayerischen Volkes gegen die Schutzgesetzgebung hatte eine tiefe Veredlung als Protest gegen die Methode der Reichsregierung und der Reichsversammlung, eine erregte Volksstimmung zum Anlaß zu nehmen, um nicht nur über die Garantien der Verfassung, sondern auch über die Subjektivität der Länder und das überlieferte Rechtsempfinden ganzer Volksteile bedeutendes hinwegzugehen. Er fand auch außerhalb der bayerischen Grenzen, und zwar namentlich in nationalen Kreisen volles Verständnis. Um so bedenklicher erhebt sich jedoch die Ueberstimmung der bayerischen Ansprüche, wie sie in dem Entschluß der bayerischen Volkspartei und der übrigen Koalitionsparteien zum Ausdruck gekommen ist. Wir bezweifeln durchaus, daß auch die Kompromißformel, die aus den gemeinsamen Beratungen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung in Berlin herausgekommen ist, vieles enthält, was sich mit dem Rechtsempfinden des parteipolitisch nicht beschleunigten Teiles des bayerischen Volkes schwer in Einklang bringen läßt und die Gefahr in sich birgt, daß neue Konflikte entstehen. Ein Vergleich wird niemals voll beschließen können. Er wurde aber geschlossen, weil das Reich als Ganzes in die tiefe Not geriet, weil gerade heute angeht, die von Frankreich drohende Gefahr der Ausbreitung verfassungsrechtlicher und innerpolitischer Meinungsverschiedenheiten nicht ohne bedenkliche Wirkung auf das Ausland bleiben kann und unsere Widerstandskraft gegen den äußeren Feind zu schwächen geeignet ist. Es war also notwendig, zunächst eine Art von Waffenstillstand zu schließen, bis ruhigere Zeiten gestatten, etwas Entschlossenes an die Stelle zu setzen. Graf Verdenfeld hatte das erkannt; die Koalitionsparteien verlangen ihn die Botschaft. Das ist tief bedauerlich und muß zu Ergebnissen führen, die ganz anders von den heutigen Bestimmungen der schärfsten Ablehnung des Kompromisses nicht vorausgesehen werden. Aus den gleichen Gründen, die es uns unmöglich machen, der Auffassung der bayerischen Koalitionsparteien beizutreten, müssen wir aber auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich die Reichsregierung nicht aus dem Geschäft einer Vernehmung heraus zu einem klaren Vorgehen gegen Bayern verleiten läßt.

Lageschronik

Die Entscheidung der Reparationskommission ist erst Mitte nächster Woche zu erwarten.

Die Beschlüsse der Bankratgeber sind auf die in Glasgow lebenden Bankräte, Rheinländer und Pfälzer angedeutet.

Die Verhandlungen mit den Beamten und gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen.

Der Wirtschaftsausschuss des Reichswirtschaftsrates beschloß die Auspassung der Ausfuhrabgabe an den verarbeiteten Zerkennstoff.

Geheimfügungen der Reparationskommission.

Entscheidung nicht vor Mitte nächster Woche.

Paris, 18. August. Die Bevollmächtigten der Reparationskommission hielten gestern nachmittags eine halbamtliche Zusammenkunft ab, um die Stellung der auf den deutschen Moratoriumsantrag zu erzielenden Antwort zu begünstigen. Ohne dem Problem an den Grund zu gehen, fahnen sie verschiedene grundsätzliche Gesichtspunkte, allerdings nur bedingungsweise. Die Bevollmächtigten bemühen sich sehr lebhaft und alle mit dem gleichen guten Willen, eine gemeinsame Lösung zu finden, die die Zustimmung der allerersten Regierungen finden könnte. Zu diesem Zweck bemühen sie sich, im Besonderen zu arbeiten, und benutzen freudig die Zurückhaltung. Man darf nicht damit rechnen, daß die endgültige Entscheidung vor Mitte nächster Woche getroffen wird.

Das „Journal des Debats“ teilt mit, die Delegierten seien auf der Suche nach einer Einigungsformel.

Im Augenblick scheint nicht die Berechnung der Stimmenzahl, die auf dieses oder jenes Projekt fallen könnte,

sondern mehr die Möglichkeit eines Kompromisses die Hauptfrage zu sein. Seit gestern hätten die Delegierten untereinander private Besprechungen gehabt.

Die „Agence Reuss“ meldet, deuten gewisse Gerüchte darauf hin, daß Delacroy, der belgische Delegierte, wahrscheinlich den Auftrag erhalten werde, in der Reparationskommission den Vorschlag zu vertreten, den Dennis in London gemacht hat. Dieser Vorschlag läuft darauf hinaus, daß die Zahlungen Deutschlands bis zu einer im November abgelaufenen Konferenz gestundet werden sollen, daß aber Deutschland inzwischen sich dadurch seiner Verpflichtungen zu entziehen habe, daß es der Kommission durch Handelsunterstützungen (signatures commerciales) garantierte Besprechungen gebe.

Der „Temps“ bleibt entgegen der Auffassung englischer Mitarbeiter dabei, daß die Stimme des Vorsitzenden in der Reparationskommission als ausschlaggebend zu betrachten sei. „Das Blatt beruft sich diesmal auf Art. 437 des Friedensvertrages, der für jeden über den Vertrag eingeleiteten Anspruch festsetzt, daß bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag geben solle, es sei denn, daß durch spätere Bestimmungen ein anderes bestimmt wäre. Daß sich aber dieser Paragraph nicht auf die Reparationskommission bezieht, unterläßt der „Temps“ mitzuteilen.“

Hermes als Unterhändler nach Paris!

Der „Temps“ macht an zwei Stellen in eindringlicher Weise dafür Stimmung, daß der Reichsfinanzminister Dr. Hermes schon vor der Rückkehr des 31. Mai nach Paris kommen müsse, um mit den Mitgliedern der Reparationskommission in Verhandlungen zu treten. Man hofft anheimend, auf diese Weise Deutschland wieder am leichtesten über den Dösel darzubieten zu können.

Entscheidung einer Abordnung der Reparationskommission nach Berlin?

Paris, 18. August. Die Reparationskommission hält heute eine offizielle Sitzung ab, in der beschloßen werden soll, ob deutsche Delegierte in der Moratoriumsfrage angeordnet

Das wahre Gesicht Poincarés.

Es mag viele Leute in Frankreich geben, die glauben, daß die Triebfeder der Politik Poincarés Vaterlandsliebe ist. In Wirklichkeit aber ist er nur der Erponent mächtiger finanzieller und industrieller Gruppen, wie des französischen Eigentums, des Gemüths und des Stolztruffs, die Frankreich durch die wirtschaftlichen Kräfte beherrschen und die einen rücksichtslosen und klugen Politiker brauchen, um ihre Zwecke zu erreichen. Diese großindustriellen Gruppen haben natürlich auch einen großen Teil der maßgebenden Pariser Presse in der Hand und haben mit Hilfe dieser Presse 1913 Poincaré zum Präsidenten der Republik und jetzt zum Ministerpräsidenten gemacht. Das Ziel der französischen Großindustrie ist nicht nur, die Märkte in die Hand zu bekommen, die früher Deutschland beherrschte, sondern sie will auch England auf dem Kontinent als Konkurrenz für den Friedensvertragsvertrag sind auf dieses Ziel hin zugeschnitten: Die Klausel betreffs der eisbahntätigen Textilindustrie aber der französischen Schwerindustrie und ihrem Erponenten Poincaré noch nicht, sondern sie drängen auf Befreiung des Mehrertrags, von dessen Stohlen- und Kotslieferungen sie abhängig sind. Es handelt sich hier für die Franzosen viel weniger darum, Deutschland zum Jahre zu zwingen, als die eigene industrielle Vermarktung zu sichern. Dessen Ziel dient auch die Separationsbestimmung im Rheinland, das zu einem Küstengebiet gemacht und durch Zollunion Frankreichs eng verbunden werden soll. Alle Maßregeln Poincarés sind nicht von Vaterlandsliebe diktiert, sondern er nimmt die Interessen einiger mächtiger Gruppen Frankreichs wahr, um deren Existenz durch eine dauernde Befreiung des Rheinlandes und des Mehrertrags zu sichern.

Da es mit den Separationsbestimmungen im Rheinland doch nicht recht vorwärts geht, hat die französische Schwerindustrie an den anderen Grenzen Deutschlands dieses wirtschaftlich einzutreten veranlaßt. Das oberdeutsche Industriegebiet ist im polnisch-französischen Interesse von Deutschland abgetrennt worden. Ein großer Teil der Eruben und Häuten ist in französischen Händen. Auch sonst haben die Franzosen in den polnischen Erzeletern Belgiens ungeheures Geld investiert und sich auch hier wichtige Konzepte gesichert. Der Ring um Deutschland wurde vorläufig dadurch geschlossen, daß die französische Schwerindustrie in der Tischschloßerei die Stab- Metallwerke erworben hat und daß es sich auch in Rumänien und Jugoslawien festsetzt. Das nächste Ziel Frankreichs ist die Vertilgung am Wiederaufbau Rußlands. Auf diese Weise ist die französische Schwerindustrie auf dem Wege, mit Hilfe Poincarés ohne daß es England zu merken scheint, die Herrschaft über den Kontinent an sich zu reißen.

Dieser ungeheueren wirtschaftliche Bau ist durch eine Reihe wichtiger diplomatischer Verträge gesichert worden. Die Militärverträge und wirtschaftlichen Verträge mit Belgien und Polen, der Schutz der kleinen Entente, der Handelsvertrag mit Holland, die Unterstützung Liguans, alles dient den französischen großindustriellen Zwecken. Gegen Deutschland aber haben die schwarzen Franzosen an Rhein, jederzeit bereit, ins Anordner einzurücken. Wie weit England sich diesen Plänen entgegenstellen will, weiß man nicht. Nur das ist bekannt, daß Lloyd George bisher immer, wenn es hart auf hart in der Entente ging, Poincaré nachgegeben, und daß Deutschland dabei die Kosten getragen hat. Daß inwäsende Deutschland, weil es die französische Großindustrie zu wünscht, zugrunde geht, macht immer noch zu wenig Eindruck, obwohl man auch in England zu fühlen beginnt, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands auch den Engländern nach sich ziehen könnte. Die Franzosen aber haben sich jetzt sehr klug, die dem Wiederaufbau Europas dienen sollte, sabotiert, weil ihnen das Ziel, Europa zu beherrschen, wichtiger ist als der Wiederaufbau des Kontinents.

werden sollen oder ob eine kleine Abordnung der Reparationskommission nach Berlin gehen soll. Es ist wahrscheinlich, daß die letztere Lösung angenommen wird. Die Kommission hatte in ihren verschiedenen Privatbesprechungen zur Lösung der Moratoriumsfrage eine Reihe von Vorschlägen und Garantien in Aussicht genommen, von denen sie wünscht, sich vorher mit der deutschen Regierung ins Einvernehmen zu setzen, um die Sicherheit zu haben, daß die deutsche Regierung die im gemeinten Verträge annehmen wird. Allerdings behält sich die Reparationskommission das Recht vor, falls die deutsche Regierung ihre Zustimmung zu den Vorschlägen bezüglich der Forderungen und Garantien nicht geben würde, diese Maßnahmen auch ohne die Zustimmung der deutschen Regierung zu treffen.

Betrifft: Getreidenlage 1922.

Den Städten, Gemeinden und Gutsbesitzern des Kreises ist die Bitte vom Erzeuger-ausschuß schnellsten Wiederholungs zwecks öffentlicher Auktion während einer Woche zugegangen. Im Interesse jedes einzelnen Landwirts liegt es diese Auktionen möglichst einzuziehen und zu prüfen, ob die landwirtschaftliche Betriebsfläche richtig angegeben ist und ob auch alle Betriebe der Gemeinden, die größer als 27 Morgen sind, Aufnahme gefunden haben.

Alle Einwohner des Kreises bitte ich dringend, den Bürgermeister, Gemeindevorsteher oder Gutsbesitzer auf etwaige Unrichtigkeiten in der Auktion aufmerksam zu machen. Jeder Morgen Betriebsfläche, der auf diese Weise noch ermittelt wird, wird zur Umlage nachgetragen. Es liegt also in der Hand jedes einzelnen Landwirts, dafür zu sorgen, daß keine Verursachungen ordnungsmäßig veranlagt werden und das Klagen über unrichtige Angabe von Anbauflächen, wie sie in früheren Jahren oft laut geworden sind, verkommen.

Am übrigen mache ich noch darauf aufmerksam, daß in diesem Jahre die Umlage nach der landwirtschaftlich genutzten Betriebsfläche erfolgt ohne Rücksicht darauf, ob und wieviel Flächen mit Getreide angebaut worden sind. Zur landwirtschaftlichen Betriebsfläche gehören solche Flächen, die pflanzliche Erzeugnisse hervorbringen und die gewisse Mengen von Betriebsmitteln (Dünger) in Anspruch nehmen, insbesondere also Ackerland, Gartenland, Weiden, Weingärten, Obstplantagen, nicht aber z. B. Torfplätzen, Korbweidenkulturen usw.

Ihr Bedenken von Zweifeln weise ich auch darauf hin, daß der gesetzlich festgesetzte Höchstpreis nur für die erste Rate der ablieferungsrechtlichen Getreidemengen gilt und daß Landwirte, die ihre gesamte abzuliefernde Getreidemenge auf einmal, d. h. bei der ersten Rate liefern, einen Anspruch auf Nachzahlung haben, wenn später die Höchstpreise für die zweite und dritte Rate erhöht werden sollten.

Ich verbleibe nicht, zum Schluß darauf hinzuweisen, daß die Landwirte des Kreises Merseburg im vorigen Jahre in geradezu vorbildlicher Weise ihre Ablieferungspflicht erfüllt hat. Diese Feststellung gibt mir die Hoffnung, daß die Landwirte auch in diesem Jahre sich bemühen werden, den gesetzlichen Bestimmungen nachzukommen und trotz der gegen das Vorjahr geringeren Ernte ihre Ablieferungspflicht erfüllen, damit der kommunalverband nicht gezwungen ist, von den ihm gesetzlich vorsehriebenen Zwangsmaßnahmen Gebrauch zu machen.

Ermägende Bemerkungen gegen die Höhe der Umlage sind erst dann vorzulegen, wenn das Umlageverfahren dem einzelnen Landwirt ausgiebigst worden ist.

Alle vorher eingelebten Reklamationen und Anträge auf Wänderung des Umlagefußes bleiben unberücksichtigt. Zur Vermeidung von Nachteilen bitte ich dies zu beachten.

Merseburg, den 14. August 1922.
Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.
Gust. Landrat.

Friedensvertragsausstellung

Eröffnung

Sonntag, den 19. Aug., 5 Uhr nachm. vor geladenen Gästen

Erste öffentliche Führung 7 Uhr.

Liga zum Schutze der deutschen Kultur.

Durch günstigen Einkauf empfehle äußerst preiswert ab Sonntag, den 19. d. M.



40 Stück

Original Dürriessche hochtragende und frischmilchende Kühe sowie Färsen

in allerbesten Qualität

Louis Nürnberger

Zuchtviehimport, Merseburg

Tel. 28.

Urinuntersuchungen!

Kommen Sie zur Untersuchung und bringen Sie eine Flasche Ihres

Morgenurins

mit und ich sage, was und wo es Ihnen fehlt und wie Sie durch

Homöopathie und Naturheilkunde

wieder gesund werden können.

Sprechstunden in Halle, im Hotel "Stadt Leipzig", jeden Donnerstag, vormittags von 9-12 und nachmittags von 2-7 Uhr.

Paul Bohn, Heilkundiger.

Familien-Nachrichten.

Gebohren: Eufame Birnbach, Weiskopf; Eile Himmelsberg, Köhlig.

Verlobt: Ella Kundermann mit Paul Schneller, Naumburg.

Gebohren: Friedrich Meinke, 81 Jahr, Vorkau; M. Gendner geb. Preuß, Scheibitz.

Projektions-Apparat

zu verkaufen.

Interessenten ersucht, Näheres in der Exped. dieses Blattes.

Wohnhaus mit Garten

ein. belbes getrennt, z. jeden Bedingungen zu kaufen gesucht. (4 Zimmer) Wohn-möblierung vorhanden. Off. unter 277 21 an die Exp. dieses Blattes.

Herr sucht

einfach möbl. Zimmer

Offert. unt. A. V. 113 an die Exped. d. Blattes.

Anst. jung. Mann sucht

möbl. Zimmer.

Offerten unt. V. A. 112 an die Exped. d. Blattes.

Zwei möblierte Zimmer

m. Kachelofen zu vermieten. Offert. u. Z. Z. 114 an die Exped. d. Blattes.

Möbl. Zimmer

Offerten unt. N. G. 115 an die Expedition d. Bl.

Ein möbl. Zimmer

von ruhigen, solid. Herrn gesucht. 30 Jhr. Briquets werden geliefert, evtl. auch Bettwäsche. Offerten unt. 274 21 an die Expeditionsstelle dieses Blattes.

VEREINIGTE THEATER

Kammer-Lichtspiele Modernes Theater.

Kl. Ritterstrasse 3. Tel. 529. Gr. Ritterstrasse 1.

Programme von Freitag bis Montag:

Die Intriguen d. Madame de la Pommeraye.

Hervorrag. Frankfilm in 6 Akten mit Olga Gsowskaja, Alfred Abel, Herrl. Toiletten Prächtiges Spiel. Vornehme Aufmachung.

Das große Spiel!

2. Teil: Auf den Schienen der Railway.

Gewaltiges Abenteuer in 6 Akten mit Amerikas bester u. schönster Sensat.-Künstlerin Anna Luther. Der Film mit 99 Sensationen.

Anfang wochentags 5 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

Der Fall Paliser!

Gewaltiger amerikan. Kriminal-Sensationsfilm in 5 Akten. Spannende Handlung von Anfang bis Ende. Noch nie dagewesene Sensation.

Memoiren eines Kammerdieners.

2. Teil: Basguines Vergeltung.

Nach dem berühmten französischen Roman von Eugène Sue. In der Hauptrolle: Evi Ava.

Ab 8. September: Dr. Mabuse der Spieler.

Klein-kunst-Bühne

Neues Schillerhaus 1/11

Taglich abends 8 Uhr

Sonntag nachmittags 3 und abends 8 Uhr

Das große Fest-Programm.

Gründliche künstlerische Vorbereitungen.

Jeden Freitag Tag Programmwechsel.

Direktion: H. Eisenberger.

Bteh's Gesellschaftshaus.

3 große spannende Kämpfe:

Heute Freitag ringen

Parscha Oesterreich	gegen	van Berg Holland
Muskat Rußland	gegen	Barkowski Berlin
Schulz Bremen	gegen	Vornberg Pommern

Vor den Ringkämpfen: **Erstklassige Spezialitäten.**

Kassen-Eröffnung 7 Uhr. Vorstellung 8 Uhr.

Amtsberggarten Bad Dürrenberg.

Herrlich gelegener Ausflugsort. Schöne geräumige Lokalitäten. Herrlicher Garten an der Saale.

ff. Biere und Speisen.

Wilhelm Schumann.

Heute eröffne ich eine 2. Verkaufsstelle

Burgstrasse 9.

T. S. Krause, Lebensmittel = Großhandel =

Zeitungs-Austräger

gesucht.

Merseburger Tageblatt.

Stroh

lose, gebündelt, gepreßt evtl. bei Pressstellung kaufen dauernd

Rothholz & Berliner

Berlin 87

Telefon: Moabit 58 u. 422.

Commerzproben!!! vermindern!

Auf welche einfache Weise teilt Lebensgenossen unentgeltlich mit Frau Elisabeth Frank.

Hannover A 332, Schließfach 238.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 20. August 1922 (10. nach Trinitatis)

Borm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde in der Dorberge zum Veitmal. Diakoniss Butte

Botschaftsbücherei. Besonnet. Sonntags von 11/2 bis 12/2 Uhr mittags.

Stad. Borm. 10 Uhr: Pastor Jentsch. Borm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Pastor Niem.

Evang. Männer- und Jugendverein.

Sonntag, abends 8 Uhr: Versammlung. An der Geisel 5. - Herr Glöck. Mittwoch, abends 8 Uhr: Turnen, M.H.M. Pflanzschule.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Spielabend. An der Geisel 5.

Evang. Mädchenbund St. Maxim.

Dienstag, abends 8 Uhr: Chorgesang. An der Geisel 5. - Lehrer Busch

Mittwoch, abends 8 Uhr: Versammlung An der Geisel 5. - Pastor Niem.

Ev. Frauenhilfe St. Maxim.

Donnerstag, nachm. 4 Uhr: An der Geisel 5. Frau Pastor Werber.

Altenburg. Borm. 10 Uhr: Pastor Krausestein. Borm. 11 Uhr: Kindergottesdienst

Neumarkt. Borm. 10 Uhr: Pastor Niem.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Madonnenverein St. Thomea im Pfarrhause.

Neudorf. Borm. 8 Uhr: Pastor Krausestein.

Landeskirchliche Gemeindefahrt.

Versammlungsort: Sand i. (Geisel-Schlößchen).

Sonntag, abends 8 Uhr: Evangelisations-Vortrag. Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelgesprächsstunde.

Christliche Versammlung, Bismarckstr. 1

Sonntag, abends 8 Uhr: Bibelstunde. Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Kath. Kirche.

Sonntag, den 20. August 1922.

Feih 6 Uhr: Beichte. 7 Uhr: Frühmesse mit Predigt. 10/10 Uhr: Hochamt mit Predigt. Nachm. 2 Uhr: Anbacht.

Neudorf. 10/8 Uhr: Frühmesse in der Schule. 11/11 Uhr: Hochamt mit Predigt in der Kirche.

Siebnitz. 11/11 Uhr: Gottesdienst mit Predigt. Raasdorf. 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.

Tagesordnung zur Sitzung der Stadtverordneten.

- am Montag, den 21. August 1922, abends 6 Uhr
1. Beschlußfassung über die Ablehnung einer Verurteilung als Stadtvorsteher.
2. Wahl eines Mitgliedes zum Kuratorium der Kinderbewahranstalten.
3. Wahl von zwei Mitgliedern zum Schulausschuß der Mittelschule.
4. Nachbestimmungen bei Abt. A Teil III des Haushalts der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung für 1921.
6. Nachbestimmung von Mehrausgaben beim Haushaltsplan der Sparkasse für 1921.
7. Nachbestimmung der Bestkosten für die Weichstagswahl 1920.
8. Entlastung der Rechnung des Nahrungsmittel-Unterstützungsamtes 1916.
9. Erhöhung der Gebührensätze für das städtische Krankenhaus.
10. Andererlei Beschlußfassung über die Veränderung des Gemeindebeitrags für Häuser in der Rentengutszone II.
11. Zustimmung zum Vertrag mit dem Halleischen Bergwerksverein wegen Beihilfe und Unterstellung einer Motorbrücke.
12. Bestimmung der Mittel für den Abpaß der Grundstücke Fischerstraße 11/13.

Wir entnehmen folgende Punkte zur Begründung:

Zu Punkt 4:
Der Magistrat bezieht:
„6 341 73 Mark Beiträge zur Ruhegehaltskasse der Provinz Sachsen für Nachversicherung von Dienstzeiten werden benötigt.“
Begründung:
Der Magistrat bezieht:
„6 341 73 Mark Beiträge zur Ruhegehaltskasse der Provinz Sachsen für Nachversicherung von Dienstzeiten werden benötigt.“
Begründung:
Der Magistrat bezieht:
„6 341 73 Mark Beiträge zur Ruhegehaltskasse der Provinz Sachsen für Nachversicherung von Dienstzeiten werden benötigt.“

Zu Punkt 5:
Der Magistrat bezieht:
„72 391,50 Mark Beiträge zur Witwen- und Rentenversicherungskasse der Provinz Sachsen für Nachversicherung von Dienstzeiten werden benötigt.“
Begründung:
Der Magistrat bezieht:
„72 391,50 Mark Beiträge zur Witwen- und Rentenversicherungskasse der Provinz Sachsen für Nachversicherung von Dienstzeiten werden benötigt.“

Zu Punkt 7:
Der Magistrat bezieht:
Die aus Anlaß der Weichstagswahl 1920 entstandenen Mehrausgaben im Betrage von 1444,82 Mark, welche dem Voranschlag 1920 noch ungedeckt sind, sind aus Teil V Ziffer 1a der außerordentlichen Rechnung für 1921 zu entnehmen.
Begründung:
Die Weichstagswahl im Jahre 1920 hat 7224,10 Mark Kosten verursacht. Vom Reich sind 1/2 mit 5779,28 Mark erstattet worden. Der Rest von 1/2 im Betrage von 1444,82 Mark muß die Stadt selbst tragen. Der Betrag von 1444,82 Mark steht noch beim Voranschlag 1920 offen. Da haushaltplanmäßige Mittel für 1920 nicht mehr zur Verfügung stehen, wird gebeten den Betrag von 1444,82 Mark aus Teil V Ziffer 1a der außerordentlichen Rechnung für 1921 zu entnehmen.
Zu Punkt 9:
Erhöhung der Gebühren des Krankenhauses.
Begründung:
Die schnelle Preissteigerung macht die sofortige Erhöhung in der beantragten Weise erforderlich.

Die Verpflegungssätze werden sodann betragen: für Einheimische in Klassen für Erwachsene 300 Mark, Klasse II 127,50 Mark, Klasse I 165 Mark, für Auswärtige in Klassen III 105 Mark, Klasse II 150 Mark, Klasse I 195 Mark.
Zu Punkt 10:
Der Magistrat ist grundsätzlich bereit, die aus dem Gemeindebeitragsplan vom 25. April und 30. Mai 1922 noch nicht verbrauchten Mittel bereitwillig zur Verfügung zu stellen, daß unter Berücksichtigung der veränderten Wirtschaftslage daraus eine geringere Anzahl von Wohnungen hergestellt werden dürfen, als bei der Bestimmung der Gelder ursprünglich für beabsichtigt war.
Er kann sich aber mit Rücksicht auf die Folgen und die gelbliche Notlage der Stadt nicht entschließen, die Mittel so zu verteilen, daß mehr als das vorgezeichnete Gemeindegeld auf jede Wohnung entfällt.
Begründung:
Der Rentengutszone II an der Schloßberg-Gränze durch Gemeindebeitragsplan vom 25. 4. und 30. 5. 1921 für die Errichtung von 91 Häusern ein Betrag von 1 262 300 Mark als Gemeindeanteil auf der Grundlage eines Einheitsfußes für Landesbarleihen von 360 Mark je qm als Gemeindegeldteil zur Verfügung gestellt worden. Mit Rücksicht auf die große Gedrängtheit der Rentengutszone hat diese aber auch nur im ganzen 36 Wohnungen in 24 Häusern errichtet und dafür aus dem bewilligten 1 262 300 Mark nur einen Betrag von 271 748 Mark in Anspruch genommen.
Sie hat nun fast infolge der vermehrten Zuführung von Landesbarleihen die Möglichkeit, auch in der Zeichnung II noch eine Reihe von Häusern, und zwar 21 Häuser zu errichten. Dabei sind nach den neuesten Bestimmungen des Preußischen Volkswohlfahrtsministers der Satz für Landesbarleihen von 360 Mark je qm erhöht, allerdings unter der Bedingung, daß die aus dieser Summe zu deckenden Beträge von 900 Mark je qm nicht mehr, wie früher, nur 1/2 der Landesbarleihen-Summe. Im nun diese 12 Häuser mit einem Satze von 900 Mark je qm Landesbarleihen finanzieren zu können, braucht die Rentengutszone nach der eben erwähnten Vergrößerung des Volkswohlfahrtsministers ebenfalls die Summe von 900 Mark je qm oder rund 800 000 Mark der Stadt. Sie bitten deshalb, ihr die aus den ursprünglichen Bewilligungen noch zur Verfügung stehenden rund 800 000 Mark bereitwillig zur Verfügung zu stellen, daß sie aus dieser Summe unter Zugrundelegung eines höheren Einheitsfußes für das qm Wohnfläche nicht mehr 67, sondern nur 12 Häuser zu errichten braucht.
Wenn auch feinerzeitig, wie in der Begründung der Stadtverordnetenversammlung zum Ausdruck gebracht wurde, die Mittel in Höhe von 1 262 300 Mark zur Verfügung worden sind, weil man der Rentengutszone die Möglichkeit verschaffen wollte, für die beabsichtigten 91 Wohnungen in der Zeichnung II die Landesbarleihen in getrennter Summe zu beantragen, so erscheint es doch unter Berücksichtigung der völlig veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse richtig, die Zahl der herzustellenden Wohnungen in dem Maße zu verringern, als die Baukosten des Geldes sich bei der Bewilligung der Beträge vermindert hat. Es ist dem Magistrat nicht möglich, die Zustimmung darauf auszudehnen, daß über das vorgezeichnete Gemeindegeld hinaus der Betrag des Gemeindebeitrags auf 300 Mark erhöht wird. Dies würde nämlich die Stadt in beiden Fällen über die erlaubte Höchstgrenze genau soviel zu geben, wie das Land, so müßte folgerichtig jedem anderen Bewerber der von der Stadt seinen Gemeindeanteil zum Beihilfebarleihen jetzt haben will, dieselbe Vergünstigung zugestimmt werden.
Zu Punkt 11:
Bestimmung von Beihilfen an den Bergwerksverein
Satz von 100 000 Mark, Zustimmung zu dem mit dem Verein abgeschlossenen Vertrag, Bestimmung von 30 000 Mark für Anbau des Feuerwehrröhrs.
Begründung:
Im Herbst vorigen Jahres ist seitens der freiwilligen Feuerwehr angeregt worden mit Rücksicht auf die vorhandenen veralteten bei einem größeren Brande unzureichenden Feuerwehrröhrer eine Motorbrücke anzuschaffen. Die Mittel sollen durch freiwillige Spenden der

Einwohner, in erster Linie der Industrie am Orte, aufgebracht werden.
Der Herr Regierungsräsident, hier, teilte im Dezember 1921 mit, daß der Halleische Bergwerksverein die Anschaffung einer Motorbrücke für die ihm angegliederten Kohlengruben beschlossen habe und daß nach Lage der Dinge als Standort zum Anbau des betreffenden Bergwerkes geeignet. Der Magistrat hat es im Interesse des damit verbundenen großen Vorteiles für die gesamte Einwohnerschaft und Industrie für unbedingt notwendig erachtet, den Vertrag abzuschließen, und die entstehenden Kosten zu genehmigen.
Der Motorbrücke soll im Herbst dieses Jahres untergeleitet werden. Durch eine künftige Verringerung wird der notwendige Platz geschaffen. Das erforderliche Personal wird soweit es noch nicht vorhanden ist, ausgebildet. Weiter soll verhandelt werden, die für die Motorbrücke vorgesehenen Feuerwehrröhrer in Wohnungen, die in der Nähe des Feuerwehrröhrs liegen, unterzuziehen.
Zu Punkt 12:
Erneuerung der Fußwege des städt. Hauses Fischerstr. 11/13.
Begründung:
Im Mai d. Js. wurde festgestellt, daß sich die Fußwege der Straßenfläche einestels durch fallige Verwitterung des Holzwerkes, andererseits durch den strengen Frost des vergangenen Winters losgelöst hatte und herabzufallen drohte. Die sofortige Erneuerung war daher erforderlich. Die Kosten sind aus den Rechnungen erstattlich, 7079,50 Mark entfallen.

Die Kernpunkte der Schuldfrage.

Daß die Schuldfrage, die Behauptung des Reichsalle Rechte vor Deutschland Schuld am Kriegsausbruch aus der Zeit vor dem 1. August 1914, nicht nur, weil jeder Deutsche im deutschen Volke für, nicht nur, weil Lloyd George gesagt hat, daß mit dieser Behauptung von der deutschen Schuld der Reichsalle Vertrag steht und falle, es ist nur für uns schiedensmäßig unerschütterlich, daß über die ganze Welt diese Frage verstreut ist und daß Deutschland selbst, indem es den Vertrag unterschreibt, schließlich doch, wenn auch gezwungen, sie anerkennt. Es ist unerträglich für unser sittliches Urteil, für unsere Ehre, für unsere ganze Weltanschauung, daß diesem Geiste, heute noch jeder Deutsche teil, ein weiterer Schritt bis zu der Stelle, von wo es möglich ist, wirklich mit Erfolg gegen diese Behauptung vorgehen, bis zu der Frage, wie das mit Erfolg geschehen kann. Man kann nicht sagen, daß wir in Deutschland in den drei Jahren vor dem Ausbruch des Krieges dabei bestanden wie gekommen wären. Die Regierung hat in den ersten Stadien nach der Revolution die Sache vollends verfahren, als man verstand, indem das alte Deutschland befehligt wurde, das neue Deutschland zu entlassen. Seldem hat die Regierung bis auf die Beschäftigung der Antisemitischen des Auswärtigen Amtes, die aber noch in den ersten und daher politisch noch nicht wirksamen Anfängen steht, nicht getan, abgesehen nicht getan; auch günstige Gelegenheiten zu aktiver Schuldpolitik nicht genutzt. Die öffentliche Meinung ist in dieser Frage unklar und gespalten. Zu klären wird die Frage nach der Kriegsschuld und der Kampf gegen sie eine Angelegenheit der auswärtigen Politik, zu einem Gegenstand des inneren Parteilebens, und auf diesem Wege verhandelt man sich jede Wirkung. Es ist dann schließlich nur ein Ansehen und zwar nicht sehr misserfolg. Nur, wenn man verstände, eine Einigung zustande zu bringen auf der These von der Nichtschuld Deutschlands. Uns kommt das immer etwas vor, wie eine Hebertragung der Gedächtnisse beim Verstande. Da es mit 100 Prozent, also der Gesamtzahl Deutschlands, wirklich nicht geht, läßt sich der Gegner vielleicht mit 50 Prozent, also der Erkenntnis einer Teilschuld Deutschlands gewinnen, wogegen dann auf der anderen Seite auch zugestanden werden müßte, daß ein Teil der Schuld auf die Gegenseite fällt. Auf diesem Wege kommen wir ganz bestimmt nicht zu einem praktischen Erfolge in der Schuldfrage.

Die zweite Frau.

„Schönen Sie nicht unsere deutsche Gesellschaft, Mylord, entgegnete sie zutraulich, und geben Sie ruhig zu, daß Irmgards Sottetier und Schlangheit Sie wo übergeben gefesselt haben. Es geht Sie ja, daß Sie beläuzeln können, raffinierten Charakter durchschauen und sich zurückziehen. Die Lehre spaltet dem Mädchen nichts; sie verstand es übrigens, sich zu entschließen, denn sie ist mit ihrem Gelde glücklich. Sie werden Ihr Depot niemals zurückhalten, Mylord, das Fach, in dem es aufbewahrt wurde, ist leer und Beholds Tochter verschwunden.“
„Woher hatte in halber Erklärung zugehört. Das Mädchen, welches er seinen würdigen, ansehnlichen Eltern hatte zuführen wollen, sollte eine gemeine Betrügerin sein? Dagegen dünkte sich alles in ihm auf. Der Liebesrausch, den er für sie empfunden, war verfliegen, die Nüchternheit der letzten Ereignisse hatte den Lord gründlich abgelenkt. Aber wenn er sich Irmgards Hölzer vergewisserte, so schlug sein Herz unwillkürlich höher, und nichts in ihm verhalten bereitete ihn, sie für eine gewöhnliche Sottete zu halten. Vielleicht beruete sie in dieser Stunde bitter, seinen Antrag zurückgewiesen zu haben; vielleicht war sie leicht genug, zu erwarten, daß er seine Werbung wiederholen sollte, und hatte das Geld an sich genommen, um es für ihn zu retten, doch in keinem Falle, um es zu entnehmen.“
„Die Unternehmung wird uns ja über den Verbleib der Gelder Aufklärung bringen“, sagte er referiert. „Ihre Entzückung ist begreiflich, gnädige Frau, aber Sie gehen doch wohl zu weit, eine junge Dame, die ohnehin vom Unglück schwer genug getroffen wurde, zu verdächtigen.“
„Sie verteidigen das Mädchen, weil Sie sich durch den Schein täuschen lassen, Mylord; mich aber hat ihr rätselhaftiger Sinn schwer gekränkt. Denn ich bin triftig Beholds Tochter als leben anderen, und ich bin keine zweite Frau. Seine Tochter aber gab nicht zu, daß ich

me zum zunehmende Stelle einnehmen durfte. Sie wote Almherrschin im Hause ihres Vaters sein und ist es geblieben bis zu seinem letzten Atemzuge. Ich wurde mit einer Monatsrente abgefunden, mußte im Hotel leben und durfte nur heimlich als Fremde dieses Haus betreten. Behold war ein Schandling, sein Tochter aber eine Heilige, und sie nierte ihre Macht aus, ich habe Beispiele dafür.“
„Edgar brachte kein Wort über die Lippen. Wenn diese Frau die Wahrheit sprach, dann hätte er sich doch wohl durch eine Heuchlerin täuschen lassen? Doch warum, wenn sie eine Spelutantin war, wies sie seinen Antrag zurück? Hatte sie es nur auf sein Geld abgesehen und liebte einen anderen, mit welchem sie die erbeutete Summe zu teilen gedachte?
Diese Gedanken folgten dem Lord plötzlich durch den Sinn und erregten Horn und Empörung in ihm. Die Vorstellung, daß Irmgard ihn absichtlich geirrt, raubte ihm alle Ueberrumpung.
In seinem verfinsterten Aussehen erkannte Julie bald, daß ihr gegnässigen Anschuldigungen endlich seine Zweifel erregt hatten.
Sie seufzte und holte ihren Traufstein hervor, den sie Moore überreichte. „Bitte, lesen Sie, Mylord, damit Sie erkennen, wo Sie und Heuchel zu suchen sind.“
Edgar nahm wiederbrechend das Dokument entgegen. Aber es bereitete ihm plötzlich Genugtuung, die Gemüthsruhe zu erlangen, daß Irmgard seiner nicht würdig sei, daß er ein Recht habe, sie zu verachten und möglicherweise zu strafen.
Es hatte seinen Blick doch gar zu tief verlegt, daß sie die ihr widerfahrne Ehre, seine Werbung, zurückgewiesene, und das Verlangen, Irmgard zu demütigen, erwachte in ihm.
Julie hatte sich erhoben, sie legte bittend die schöne, weiße Hand auf seinen Arm. „Ich bediene mich in einer überaus fatalen Lage und freue mich, Ihres Schutzes sicher sein zu dürfen. Nicht wahr, Sie begleiten mich nach dem nächsten Postort?“
„Ich wollte soeben gleichfalls dorthin, gnädige Frau, gehen wir also zusammen. Die Bankbeamten scheinen vergessen zu haben, daß ich hier auf dem Meist Depot war.“
„Doch in diesem Augenblick haben keine Schritte rück

amer, und gleich darauf betrat Ermer, von Homat gefolgt, das Zimmer. Beide sahen gleich aus wie der Tod.“
„Ich muß Sie leider davon in Kenntnis setzen, Mylord, daß Ihr Depot sich bis zur Stunde nicht vorgefunden hat“, sagte der Buchhalter in veralteten Ton, „wir bitten Sie, fernzubleiben bis zur Klärung der Sachlage noch ein wenig Geduld haben zu wollen.“
Julie und der Lord tauschten unwillkürlich einen Blick des inneren Ansehens; leuchter hatte immer noch heimlich gehofft, daß Julies Angaben sich als stark übertrieben erweisen sollten. Nun er einsehen mußte, daß man ihn um sein Eigentum betrog, begann es in ihm zu lodern.
„Ich melde den Betrag stehenden Fußes der Kriminalpolizei“, rief er zornbeben, „Sie, meine Herren, werden über den Verbleib des Geldes mich orientiert sein, und ich werde Sie ergreifen, daß auch die Heister ihrer Strafe nicht entgehen.“
„Wir haben eine Unternehmung nicht zu fürchten“, sagte Homat mit einer edlen Ruhe, „aber Fräulein Beholds wegen möchte ich Sie herzlich bitten, von einer Anzeige Abstand nehmen zu wollen. Fräulein Irmgard wird ohnehin schwer genug durch den Fall ihres Vaters getroffen. Sie haben ja mit der jungen Dame so viel dieser freudigen Stunden verlebt, daß schon die Erinnerung daran genügen wird, Sie milder zu stimmen.“
Zu der Tat, was lag dem Lord an den hunderttausend Mark, sie kamen für ihn nicht in Betracht.
Aber Julie bemerkte kein Böden, und während Homat, einem Wint Erzners folgend, sich mit diesem zu kurzer Beratung zurückzog, sagte sie füllend zu Moore:
„Hoffentlich ist es Ihnen bekannt, Mylord, daß Herr Homat für Beholds Tochter durchs Feuer gehen möchte. Diese Sympathie zwischen zwei glücklichen Seelen besteht schon seit Jahr und Tag. Es war sogar geplant, den Buchhalter zum Protokollisten zu erheben... Nun, Behold hat den jungen Leuten den Gefallen getan, zur rechten Zeit zu sterben, und Irmgard ein Vermögen zur Seite geschafft, mit dem man sich eine gute Existenz gründen kann. Und in London werden ja täglich solche Ehen geschlossen.“
(Darstellung folgt.)

